

Drucksache

der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin

VIII. Wahlperiode

Ursprung: Antrag, SPD

TOP: 017 / 14.20

Antrag

gemäß § 21 (1) b GO

Drs.Nr.: VIII/0498

| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | <i>Sitzung</i> | <i>Beratungsstand</i> |
|--------------|----------------|----------------|-----------------------|
| 14.06.2018 | BVV | BVV/VIII/017 | |

Schutz für Angestellte der Verwaltung – Strategie im Umgang mit Reichsbürgern und Reichsbürgerinnen

Die Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick von Berlin möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, einen für alle Ämter einheitlichen Umgang mit Verdachtsfällen von sogenannten Reichsbürgern und Reichsbürgerinnen zu definieren und sicherzustellen. Dafür sollen Verdachtsfälle grundsätzlich Vorgesetzten vorgelegt werden, um auf Basis der Vorgaben der Senatsverwaltung für Inneres die Entscheidung zu treffen, ob ein Vorfall dem Berliner Verfassungsschutz zu melden ist.

Begründung:

Reichsbürger /-innen sind ein ernstzunehmendes Sicherheitsrisiko für Mitarbeiter /-innen der Bezirksämter. Unter dem Begriff "Reichsbürger /-in" werden Anhänger /-innen einer Verschwörungstheorie gefasst, die die rechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik in Frage stellen. Deren Anhänger /-innen glauben daran, dass die Bundesrepublik kein Staat, sondern eine Firma sei. Teil dieser Verschwörungsideologie ist die Ablehnung aller Rechtsvorschriften. Für viele dieser Menschen werden alle staatlichen Instanzen zum Feind. In logischer Konsequenz dieses Denkens steht die Abwehr jedweden staatlichen Eingriffs. Darum rüsten sich viele Anhänger /-innen dieser Verschwörungsideologie mit Waffen auf.

Die Kombination aus Ablehnung aller staatlichen Instanzen und der Aufrüstung führt zu enormen Gefahren für Verwaltungsangestellte. Insbesondere Mitarbeiter des Ordnungsamtes und der Polizei werden so potentielle Ziele von Angriffen. Bereits in der Vergangenheit ging von Reichsbürgern und Reichsbürgerinnen Gewalt aus. Hinzu kommt die Gefahr der Radikalisierung. Viele Verfassungsschutzämter warnen vor der Radikalisierung innerhalb Szene. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen warnte im Mai 2018 sogar vor einem neuen Rechtsterrorismus, der sich aus dieser Szene entwickeln könne.

Um Angriffen auf Verwaltungsangestellte vorzubeugen, sollte der Bezirk eine Strategie im Umgang mit Reichsbürgern und Reichsbürgerinnen entwickeln.

Berlin, den 05.06.2018

Vorsitzender der SPD-Fraktion
Alexander Freier-Winterwerb
und
Paul Bahlmann